

B Der niederländische Diskurs zum NATO-Doppelbeschluss (1978-1984)

(Johanna Löhr)

Einleitung²⁵²

Die Zustimmung der Regierung zum NATO-Doppelbeschluss war eine der umstrittensten Entscheidungen in der niederländischen Außenpolitik (vgl. van Staden 1985: 133; Reef 1995: 171). Entsprechend kontrovers und umfassend verlief die Debatte um die Modernisierung der NATO-Mittelstreckenraketen und die Stationierung der Atomraketen auf niederländischem Territorium. Sie dauerte insgesamt von 1977 bis 1988, ihr Schwerpunkt lag aber in der Phase von 1979 bis 1984.²⁵³ Aufgrund ihrer großen innenpolitischen Bedeutung eignet sich die Debatte über den NATO-Doppelbeschluss für die exemplarische Herausarbeitung von außenpolitisch einschlägigen Elementen der niederländischen nationalen Identität. Des Weiteren ergibt sich die Relevanz des Mittelstreckendiskurses aus der Neuorientierung, die die niederländische Außen- und Sicherheitspolitik in dieser Frage vollzog, indem sie die seit der Gründung der NATO bestehende Treue zur Atlantischen Gemeinschaft zum ersten Mal in Frage stellte. Gleichzeitig werden in diesem Diskurs Veränderungen der Gesellschaft und der außenpolitischen Diskursstruktur deutlich, die sich aus der Gründung der *Democraten 66* (D'66), dem Zusammenschluss der christlichen Parteien zum *Christen-Democratisch Appèl* (CDA) sowie einer Entwicklung zu einer intensiven Beteiligung des Parlaments, der Interessensgruppen und der Öffentlichkeit an außen- und sicherheitspolitischen Fragen ergeben hatten und noch heute die außenpolitische Diskursstruktur bestimmen (vgl. Boekle und Swoboda 2001).

Die Literatur zur Außenpolitik der Niederlande in Bezug auf den NATO-Doppelbeschluss ist verhältnismäßig umfangreich. Insbesondere Everts (1983, 1987), aber auch Soetendorp (1989) und van Staden (1985) widmen sich speziell diesem Thema. Daneben finden sich in allgemeinen Veröffentlichungen über holländische Außenpolitik Kapitel zum NATO-Doppelbeschluss (Reef 1995; Hellema 1995). Problematisch ist jedoch, dass in den Publikationen nicht speziell auf die Argumente der Diskursträger eingegangen wird. So ist der

Regierung direkt zu verhandeln, den Umweg über die USA gehen musste – maßgeblichen Anteil daran, dass eine militärische Konfrontation zwischen Den Haag und Djakarta ausblieb (Kersten 1989: 228f.).

²⁵² Für ihre Recherchen für diesen Beitrag danke ich Nora Blaes, Johannes Hermanns und Hardy Klömpges.

²⁵³ Neben der Debatte um den Doppelbeschluss fand in den Jahren 1977/78 in den Niederlanden eine intensive öffentliche Auseinandersetzung über die von US-Präsident Carter geplante Neutronenbombe (*Enhanced Radiation Reduced Blast*, ERRB) statt. Diese teilweise parallel verlaufende Debatte ist der Auseinandersetzung um den Doppelbeschluss inhaltlich nahe und übte auch einen gewissen Einfluss auf ihn aus. Die vorliegende Analyse beschränkt sich aber auf die Debatte um den Doppelbeschluss, da sich Diskursstruktur und Argumentationsmuster der beiden Debatten erheblich unterscheiden.

genaue inhaltliche Verlauf der Debatte und die Zuordnung von Argumenten zu Diskursträgern nicht immer eindeutig. Die generellen Argumentationsmuster dagegen sind in der vorhandenen Literatur zu finden, so dass die Identitätselemente relativ eindeutig herausgearbeitet werden können.

Diskurskontext und Diskursstruktur

Die Aufrüstung des Warschauer Paktes in den 60er und 70er Jahren löste auf Seiten der NATO eine Diskussion über die Verteidigungsbedürfnisse der Bündnispartner aus. Seit 1977 wurde in den NATO-Gremien nicht nur eine Aufrüstung der konventionellen Waffen diskutiert, sondern auch die Modernisierung der atomaren Arsenale. Auf Initiative des deutschen Bundeskanzlers Helmut Schmidt wurde besonders die Frage der strategischen Kernwaffen in Europa thematisiert (Reef 1995: 160-163). Anfang 1979 beschlossen die Staats- und Regierungschefs eine Doppelstrategie, nach der die atomare Nachrüstung mit einer parallelen Intensivierung der Abrüstungsverhandlungen kombiniert werden sollte. Diese Strategie bildete die Grundlage für die endgültige Entscheidung, den am 12. Dezember 1979 einstimmig angenommenen NATO-Doppelbeschluss. Mit ihm wurde erstens die Modernisierung und Stationierung der nuklearen Mittelstreckenraketen in Europa und zweitens die Bereitschaft zur Aufnahme von Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und den USA über die Reduzierung des Raketenpotentials in Europa beschlossen.

In den Niederlanden hatte sich schon Ende 1977 gesellschaftlicher Protest gegen die geplante Modernisierung erhoben. Seit 1979 wurde die Frage auch im Parlament und in den zuständigen Ausschüssen thematisiert. Besonders wichtig ist die Debatte im Parlament vom 6. Dezember 1979, wenige Tage vor dem Doppelbeschluss. Hier stimmte die Mehrheit der Abgeordneten für einen Antrag der Oppositionsabgeordneten Stemerding (PvdA, ehemaliger Verteidigungsminister) und Brinkhorst (D'66), der sich gegen eine Entscheidung zu Produktion und Stationierung "zu diesem Zeitpunkt" aussprach (Everts 1987: 221; van Staden 1985: 140).²⁵⁴

Auf dem NATO-Ministertreffen stimmte die niederländische Regierung gleichwohl dem Doppelbeschluss zu. In einem Anhang des Schlusscommuniqués wurde aber der *voorbehoud* (Vorbehalt) festgehalten, dass die Entscheidung über die Stationierung der gemäß Doppelbeschluss eingeplanten 48 Cruise Missiles in den Niederlanden auf das Ende der Abrüstungsverhandlungen im Dezember

²⁵⁴ Die Regierungen der Niederlande im Untersuchungszeitraum setzten sich wie folgt zusammen: Mai 1973-Dezember 1977 PvdA/KVP/ARP/PPR/D'66, Ministerpräsident den Uyl, Verteidigungsminister Stemerding; Dezember 1977-Mai 1981 CDA/VVD, Ministerpräsident van Agt, Verteidigungsminister Krusinga, ab April 1978 Scholten; Mai 1981-Mai 1982 CDA/PvdA/D'66, Ministerpräsident van Agt, Verteidigungsminister van Mierlo (D'66); November 1982-Juni 1984 CDA/VVD, Ministerpräsident Lubbers, Verteidigungsminister de Ruyster (CDA).

1981 verschoben werden solle (van Staden 1985: 134).²⁵⁵ In einer weiteren Parlamentsdebatte am 17. Dezember 1979 wurde dieses Votum der niederländischen Minister auf dem NATO-Treffen sehr kontrovers diskutiert, eine Abwahl der Regierung wurde aber vermieden.

Unter der 1981 neu gewählten, von der PvdA geführten Regierung wurde ein Beschluss über eine Stationierung erneut verschoben.²⁵⁶ Im Juni 1984 entschied die CDA-geführte Regierung Lubbers, die endgültige Entscheidung über eine Stationierung ein weiteres Mal auf November 1985 zu vertagen und vom Verhalten der Sowjetunion sowie den Ergebnissen der Rüstungskontrollgespräche abhängig zu machen. Nachdem die aufgestellten Bedingungen für einen Verzicht auf die Stationierung nicht erfüllt wurden, beschloss die Regierung im November 1985 die Stationierung der Cruise Missiles ab 1988. Das Parlament, das vorher die Entscheidungen blockiert hatte, machte diesmal keine Einwände. Nach dem Abschluss des INF-Vertrags im Dezember 1987 wurde die Umsetzung der Stationierung jedoch hinfällig.

Im hier untersuchten Zeitraum befanden sich die Niederlande in einer Phase des gesellschaftlichen Wandels durch die Auflösung der "Versäulung"²⁵⁷ der niederländischen Gesellschaft (Lepszy 1999: 343f.). Dieser Wandel zeigt sich am deutlichsten in der Entstehung neuer Parteien und gesellschaftlicher Bewegungen, in denen sich die Mitglieder verschiedener gesellschaftlicher Gruppen vermischten; 1966 gründeten sich beispielsweise die D'66, eine linksliberalen Partei, die sich für eine Neuordnung der niederländischen Gesellschaft einsetzte (Lepszy 1979: 280f.). Besonders bedeutsam für den Wandel des Parteiensystems ist der Zusammenschluss der katholischen KVP und der protestantischen Parteien CHU und ARP zum *Christen-Democratisch Appèl* (CDA) Mitte der 70er Jahre, der seitdem eine der wichtigsten Parteien in den Niederlanden darstellt.

Die Veränderungen der Gesellschaft wirkten sich auch auf die außenpolitische Diskursstruktur aus, die zuvor in erster Linie auf die Regierungsebene beschränkt war und auf einem breiten Konsens beruht hatte. Seit Anfang der 70er Jahre wurde die Außenpolitik in zunehmendem Maße von Öffentlichkeit, Interessensgruppen und Parlament wahrgenommen und kontrovers diskutiert. Neben den Parteien traten die verschiedenen Akteure der Friedensbewegung als Diskurssträger hervor – Gewerkschaften, Frauengruppen, Bürgerinitiativen und

²⁵⁵ Der Parlamentsbeschluss war für die Regierung zwar nicht bindend, bei Missachtung lief sie jedoch Gefahr, vom Parlament abgesetzt zu werden. In der Debatte vom 17. Dezember 1979 bestätigte jedoch die Mehrheit der Abgeordneten (darunter auch die "Dissidenten" des CDA) die Regierung trotz der breiten Kritik an dem Votum auf dem NATO-Ministertreffen.

²⁵⁶ Die Regierung rechtfertigte dies mit der Begründung, dass die Abrüstungsverhandlungen über die Mittelstreckenraketen erst Ende November 1981 begonnen wurden.

²⁵⁷ Der Begriff "Versäulung" bezeichnet eine die soziale und politische Struktur der Niederlande bestimmende Trennung der katholischen, protestantischen und laizistisch-säkularen (sozialdemokratisch oder liberal orientierten) Bevölkerungsgruppen und ihrer Lebensbereiche.

kirchliche Bewegungen, insbesondere der Ende 1967 durch die katholische *Pax Christi* und eine Gruppe der reformierten Kirche gegründete überkonfessionelle *Interkerkelijk Vredesberaad* (IKV) mit seiner Kampagne "Helft die Atomwaffen aus der Welt zu schaffen – Beginnt mit den Niederlanden!"

Die Argumentationsmuster und Identitätselemente

Die Positionen der Diskurssträger sind nicht lediglich nach *Pro* und *Kontra* zu unterscheiden; vielmehr bestand zwischen der bedingungslosen Zustimmung der rechtsliberalen VVD zu den neuen Mittelstreckenraketen²⁵⁸ und der Forderung des IKV nach einseitiger Abrüstung der niederländischen Atomwaffen ein breites Meinungsspektrum. In den drei großen Mitte-Links-Parteien D'66, PvdA und CDA kam es – wie im Folgenden beschrieben – zu internen Spaltungen: Der CDA-Verteidigungsminister Scholten setzte sich für eine Reduzierung der zu stationierenden Raketen ein und forderte Abrüstungsverhandlungen, die im besten Falle die Stationierung überflüssig machen sollten. Eine hauptsächlich aus ehemaligen Mitgliedern der kalvinistischen ARP bestehende Gruppe im linken Flügel der CDA-Fraktion wie auch eine bedeutende Anzahl der CDA-Mitglieder und -Wähler wollten dagegen die Produktion der Waffen von den Verhandlungsergebnissen abhängig machen. Diese Haltung führte zu dem oben erwähnten Beschluss im Parlament am 6. Dezember 1979, der durch die Stimmen der "Dissidenten" aus der CDA-Fraktion²⁵⁹ ermöglicht wurde.

Die Position der PvdA drückte sich in einem vorbehaltlosen "Nein" zur Stationierung aus (Everts 1987: 225); gespalten war die Partei jedoch bezüglich der Haltung zur NATO-Mitgliedschaft und zur IKV-Forderung nach bedingungsloser einseitiger Abrüstung. Die Auseinandersetzungen innerhalb der D'66 waren weniger heftig, man einigte sich auf eine gemeinsame Position gegen die Atomwaffen "unter den gegebenen Umständen" und für nicht-atomare Verteidigungsstrategien (Everts 1983: 309). Da sich die D'66 in den Wahlen alle Koalitionsmöglichkeiten offen halten wollten, waren die Mandatsträger der Partei in den Debatten generell sehr zurückhaltend und spielten im Diskurs keine wichtige Rolle.

²⁵⁸ Auch die Parteien des protestantischen rechten Rands (GVP, SGP und RPF) hielten an der Politik der loyalen NATO-Mitgliedschaft fest, doch hatten sie zusammen nur vier bzw. ab 1981 sechs Parlamentssitze inne und spielten im Diskurs kaum eine Rolle (vgl. Lepszy 1999: 347).

²⁵⁹ Die bekanntesten Abgeordneten unter den "Dissidenten" waren Joep de Boer und Anton Frinking.

Die Niederlande als Teil des Westens

Die Niederlande, die ihre Neutralitätspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg aufgegeben hatten, befanden sich nach der NATO-Gründung in einer Phase ausgeprägter Westbindung. Innerhalb der NATO waren die Niederlande sehr auf Erfüllung der Bündnispflichten bedacht²⁶⁰ und sahen sich selbst als treuen, verlässlichen Verbündeten (Everts 1987: 215). Mit dem Vietnamkrieg wuchs jedoch die Kritik an den USA, was sich auch auf die NATO übertrug.²⁶¹ Auch wenn die Zustimmung zu NATO und den USA schon vor dem Beginn des Mittelstreckenraketendiskurses zurückging, bildete die Zugehörigkeit zum Westen und zum transatlantischen Bündnis noch immer eine starke Diskursformation. Im untersuchten Diskurs waren zwei Ausprägungen auffällig. Am stärksten erwies sich dabei das Argumentationsmuster, das zum einen die Notwendigkeit einer Aufrechterhaltung der US-amerikanischen Nukleargarantie, zum anderen die Schutzfunktion der NATO gegenüber möglichen Aggressionen der Sowjetunion betonte.²⁶² Diese Argumentation war geprägt von der Furcht vor einer Schwächung des Atlantischen Bündnisses und einem schwindenden Vertrauen in die Nukleargarantie der USA gegenüber Westeuropa, da die USA der Sowjetunion militärisch nicht mehr überlegen zu sein schien (Leurdijk 1983: 423). Eine Studie des *Instituut voor Vredesvraagstukken* (NIVV)²⁶³ von 1978 führte an, dass durch eine kollektive Modernisierung der NATO die Einigkeit der transatlantischen Partner und der Fortbestand der Nukleargarantie gefestigt und der Sowjetunion vor Augen geführt würde. Diese „realistische“ Argumentation wurde 1979 im Vorfeld des NATO-Doppelbeschlusses in dem Bericht *"Vrede en Veiligheid"* (Friede und Sicherheit) einer CDA-Arbeitsgruppe aufgegriffen. Der CDA betonte, dass die NATO Atomwaffen zur Abschreckung benötige und dabei die Verbindung zwischen der europäischen Verteidigung und der Nuklearstrategie der USA nach außen deutlich machen müsse (Weers 1981: 69).

Besonders ausgeprägt findet sich die Argumentationslinie auch unter den Mitgliedern der VVD, die als einzige Partei der Modernisierung und Stationierung der Atomraketen vorbehaltlos zustimmte. Betont wurde vor allem, dass die Sicherheitsprobleme der Niederlande nur über die USA und die NATO und über gute Beziehungen zu ihnen zu lösen seien und deshalb eine kooperative

²⁶⁰ So waren die Niederlande Ende der fünfziger Jahre der erste der europäischen Verbündeten, der taktische Kernwaffen auf seinem Territorium zuließ (Everts 1987: 251).

²⁶¹ Die US-Politik im Vietnamkrieg war 1976 der Anlass für die erste große außenpolitische Debatte im Parlament (Everts 1983: 30).

²⁶² Die Bedrohungsperzeption in der niederländischen Bevölkerung und Elite war geringer als etwa in Westdeutschland (Domke 1983: 258), dennoch ist die Angst vor Aggressionen der Sowjetunion ein wichtiges Argument in der Debatte.

²⁶³ Das Institut ist zwar unabhängig, wurde aber aus Regierungsmitteln finanziert und stand unter der Führung des CDA-Politikers H. Neumann, der auch die Arbeitsgruppe seiner Partei zu Friede und Sicherheit leitete.

Zusammenarbeit mit der NATO notwendig sei (Domke 1983: 260f.). Der VVD-Verteidigungssprecher Ad Ploeg argumentierte, dass eine starke NATO-Verteidigung mit wirksamer Abschreckung die einzige Lösung sei, weswegen man der Modernisierung zustimmen müsse (Weers 1981: 71).

Dem IKV und seiner Forderung nach unilateraler Abrüstung in den Niederlanden wurde entgegengehalten, dass dies in der Bundesrepublik die Position derer stärken würde, die sich für eine westeuropäische Atomstreitmacht einsetzten (Everts 1983: 214). Auch diese Argumentation griff auf das Identitätselement der Zugehörigkeit zum Westen zurück.

In einer zweiten, auf das selbe Identitätselement der niederländischen Zugehörigkeit zum Westen gestützten Argumentationslinie wurde auf die Verantwortung der Niederlande gegenüber dem Bündnis verwiesen. Schon der bis 1977 amtierende PvdA-Verteidigungsminister Stemerink hatte die Verantwortung der Niederlande gegenüber der NATO betont und argumentiert, die Niederlande müssten es vermeiden, parasitär von dem Bündnis zu profitieren. Stemerink hatte in den Modernisierungsbestrebungen aber eine Chance gesehen, die Bedeutung der Atomwaffen in der Strategie der NATO zurückzudrängen (Reef 1995: 171).²⁶⁴ Sein Nachfolger, der CDA-Verteidigungsminister Scholten, betonte 1978 in einem Bericht zu den niederländischen nuklearen Aufgaben zweierlei: Erstens die – stets angeführte – Notwendigkeit eines Zurückdrängens der Atomwaffen; zweitens, und vor allem, die Verpflichtung der Niederlande, die NATO hinsichtlich der atomaren Aufgaben angemessen zu unterstützen (Hellema 1995: 293). In der Diskussion um die Forderung des IKV nach einseitiger Abrüstung führten selbst Nachrüstungsgegner an, dass die Umsetzung dieser Vorschläge illoyal gegenüber der NATO wäre. Es bestünde schließlich eine gemeinsame Verantwortung der Bündnispartner, der sich die Niederlande nicht entziehen könnten, „nur um sich selber eine weiße Weste zu verschaffen“ (Everts 1983: 212).

Die kleinen Parteien des linken Spektrums vertraten die Auffassung, dass die Niederlande die NATO verlassen sollten, da die bestehende Sicherheitspolitik erst die herrschende Unsicherheit verursachen würde. Aufgrund der extremen Positionen, die sie vertraten, hatten sie jedoch keinen großen Einfluss auf den Diskurs (Domke 1983: 253).

Die Niederlande als Mittelmacht

Eine Reihe von Argumentationslinien sowohl der Befürworter als auch der Gegner der atomaren Aufrüstung und Stationierung verwies auf die Position und

²⁶⁴ Nachdem die Regierung unter Führung der PvdA in den Wahlen 1977 nicht bestätigt wurden, setzte sich die Partei in der Opposition gegen die Stationierung ein.

den Einfluss der Niederlande im internationalen System.²⁶⁵ Die Befürworter des NATO-Doppelbeschlusses in der niederländischen Regierung befürchteten 1979, sie könnten bei einem weiteren negativen Votum ihren Einfluss in der NATO – und somit auch den Einfluss auf die Rüstungskontrolle – verlieren, nachdem sie schon die Neutronenbombe abgelehnt hatten (Everts 1987: 223f.). Auch in der oppositionellen PvdA befürworteten einige Politiker die Modernisierung der NATO-Waffen mit der Begründung, der Einfluss der Niederlande wäre dadurch gewahrt. Nur so könne sich die Chance auf eine erneute Diskussion ergeben, ob die Rolle der Kernwaffen geschwächt werden solle (Reef 1995: 171).

Der Historiker und VVD-Politiker Voorhoeve argumentierte 1981, dass die an Bedeutung abnehmende Rolle der Niederlande nicht nur durch internationale Entwicklungen verursacht wurde, sondern auch durch die "kulturelle Revolution", die den Konsens über die Außenpolitik zerstört habe. Durch den progressiven Idealismus und eine ethisch-neutrale Haltung des Kabinetts den Uyl und später aufgrund der massiven Opposition gegen die Kernwaffen sei der positive Status der Niederlande als treue Bundesgenossen stark beschädigt worden (Hellema 1995: 325).

Parteiführer den Uyl, wie die Mehrheit der PvdA Gegner einer Stationierung, bezog sich ebenfalls auf den niederländischen Status, als er vor den Wahlen 1981 mit Verweis auf den drohenden Einflussverlust unter den NATO-Partnern die in der PvdA viel diskutierte Forderung nach einseitiger Abrüstung nicht unterstützte (Everts 1983: 308f.).

Der Wunsch nach einer aktiven Rolle der Niederlande und das Bestreben, autonom zu handeln, wurden auch von Gegnern des NATO-Doppelbeschlusses verfolgt. Ein großer Teil der Argumente für ein Zurückdrängen der Rolle der Atomwaffen und gegen die Stationierung in der Niederlanden ist nicht auf das alte Identitätselement der Neutralität, sondern ebenfalls auf das Element der Einflussnahme und des aktivistischen Charakters der niederländischen Außenpolitik zurückzuführen (Everts 1987: 217f.). Einige Politiker äußerten die Befürchtung, dass die Niederlande einen zu geringen Einfluss auch in Fragen der Abrüstung habe, wenn Sicherheitspolitik nur über die NATO betrieben werde (Domke 1983: 261).

In ihrem Weißbuch „Abrüstung und Sicherheit“ von 1975 sprach sich die niederländische Regierung gegen unilaterale Abrüstung, aber für eine stärkere Abrüstung und insbesondere ein Zurückdrängen der Atomwaffen aus und war durchaus bereit, entgegen der NATO-Strategie zu handeln. In Abgrenzung

²⁶⁵ Die Perzeption eines sich verringern den Einflusses der Niederlande in der Welt entstand auch durch die vorher überhöhte Position, in der die Niederlande neben den "großen Nationen" agierte und insbesondere in NATO und EG einen erheblichen Einfluss hatte. Dieser Status als "Mittelmacht" ging in den siebziger Jahren mit dem Schwächerwerden des Gaullismus, dem britischen EG-Beitritt und der wirtschaftlichen Dominanz der Bundesrepublik zurück (Siccama 1985: 139).

zu Belgien versuchten die Niederlande somit, ihre Rolle in Bezug auf Rüstungskontrolle und einen Fortschritt in der Ost-West-Annäherung außerhalb des Bündnisses zu vergrößern und unabhängiger zu handeln (Geusau 1985: 199).

Die Niederlande als pilot state

Eine praktisch konsensuale Forderung aller großen Parteien (mit Ausnahme der VVD) und der Akteure der Friedensbewegung war es, die Rolle der Kernwaffen zu beschränken, insbesondere in der NATO-Strategie. So vertrat das christlich-konservative Kabinett Van Agt seit 1978 verstärkt den Standpunkt, dass die Modernisierung der Atomwaffen verbunden werden müsse mit Rüstungskontrolle und einem Zurückdrängen der Kernwaffen im Allgemeinen. Diese Verbindung bildete in den kommenden Jahren den Eckpunkt der niederländischen Politik und wurde in abgeschwächter Form auch in die NATO-Politik übernommen (Hellema 1995: 293). Selbst die VVD, die sich nicht gegen die atomare Strategie der NATO wandte, trug das Vorgehen des CDA für eine Verringerung der Atomwaffen in der Regierungszeit der CDA/VVD-Koalition unter van Agt und Verteidigungsminister Scholten im Vorfeld des NATO-Doppelbeschlusses mit (Soetendorp 1989: 151).

Eine radikalisierte Form dieses Argumentationsmusters nahm die CDA-Fraktion Ende 1979 in den *vertrekkpunten* (Ausgangspunkte) mit dem Standpunkt ein, dass man vor dem Ende der Abrüstungsverhandlungen keine neue Stationierung verantworten könne. Zwar werde die militärische Notwendigkeit einer Modernisierung gesehen, eine Verhandlungslösung sei aber dem Fortführen des Wettrüstens vorzuziehen, so dass man erst die Resultate der folgenden Verhandlungsrunden zur Abrüstung abwarten müsse, bevor man über die Modernisierung entscheiden könne (Hellema 1995: 294). Begründet wurde dies häufig mit der internationalen Verantwortung der Niederlande und Verweisen auf das Völkerrecht. Dieses Argumentationsmuster deutet auf die enorme Bedeutung der Verrechtlichung der internationalen Beziehungen für die Niederlande hin; Verhandlungs- und Vertragslösungen wurden insbesondere in Bezug auf den Ost-West-Konflikt bevorzugt.

Auch die PvdA argumentierte in diese Richtung. Vor den Wahlen 1981 wurde beschlossen, das bedingungslose "Nein" zur Stationierung der *Cruise Missiles* beizubehalten. Begründung der Parteiführer war, dass man so den Prozess der Denuklearisierung in Gang setzen würde, beginnend in den Niederlanden und übergehend auf ganz Europa (Everts 1983: 308f.). Aus dieser Argumentation wurde deutlich, dass sich die Niederlande nicht nur als Vertreter, sondern auch als Vorreiter der internationalen Verrechtlichung sahen.

Ähnliche Argumentationsmuster benutzte der IKV, indem er auf die Kriegrechtskonventionen verwies und anführte, mit Atomwaffen sei kein "gerechter Krieg" möglich; Atomwaffen seien moralisch inakzeptabel (Everts 1983: 203).

Schon der Slogan des IKV, „*Free the World of Nuclear Weapons and start with the Netherlands*“; verwies auf den identitär begründeten Anspruch einer Vorreiterrolle der Niederlande. Dies wurde auch deutlich in den Bestrebungen des IKV, Verbindungen zu Bewegungen im Ausland aufzunehmen und diese zu fördern (Everts 1983: 218).

Die Befürworter der Stationierung verwiesen dagegen auf die mit dem Doppelbeschluss (und auch schon vorher in den Verhandlungen innerhalb der NATO) eingegangenen Verpflichtung der Niederlande, sich an der Modernisierung und auch der Stationierung der Atomwaffen der NATO zu beteiligen (Everts 1987: 223f.). Auch hier wurde also mit der Bedeutung des internationalen Rechts argumentiert, völkervertragsrechtliche Verpflichtungen zu erfüllen.

Die Niederlande als christliches Land

Die christlichen Verbände, insbesondere der IKV, aber auch andere kirchliche Institutionen waren in der Debatte bedeutende Diskursträger. Im Rückgriff auf christliche Werte und christliche Moral haben sie eine religiös motivierte Argumentation gegen die Stationierung mit geprägt. Die meisten christlichen Gruppen lehnten die Produktion und den Gebrauch atomarer Waffen grundsätzlich ab, der IKV befürwortete sogar eine sofortige und einseitige Abrüstung der Niederlande. Dieses Engagement wurde begründet mit der Verantwortung der Kirche in der Gesellschaft und in der Welt und mit der christliche Pflicht, sich gegen Gewalt auszusprechen (Laqueur 1981: 23).

Die Kritik der kirchlichen Verbände geht zurück auf den Anfang der 60er Jahre. Besonders wichtig war in der frühen Debatte ein Pastoralbrief der Synode der *Nederlandse Hervormde Kerk* von 1962, in dem der Gebrauch nuklearer Waffen zurückgewiesen und der Standpunkt vertreten wurde, dass Christen niemals guten Gewissens ihrem Gebrauch zustimmen könnten. Diese Argumentation wurde auch in den späteren Debatten aufgegriffen. Bezüglich der Produktion und des Besitzes von Atomwaffen hielten sich die Kirchen jedoch zunächst zurück. Im Verlauf der Debatte erlebten die Reformierte und die Katholische Kirche dann eine sehr ähnliche Entwicklung, die sich in einer Wandlung von zunächst neutralen zu später eindeutigen Positionen gegen die atomare Bewaffnung äußerte (Everts 1983: 137). 1978 verurteilte die Synode der *Gereformeerde Kerken* Massenvernichtungswaffen und das Wettrüsten als eufilisch (Everts 1983: 137).²⁶⁶ Im November 1980 bestätigte die Synode ihre lehrende Haltung gegenüber dem Gebrauch von Kernwaffen und plädierte für eine einseitige Abrüstung und eine De-Nuklearisierung der Niederlande, da die Abrüstungsverhandlungen ins Stocken geraten waren.

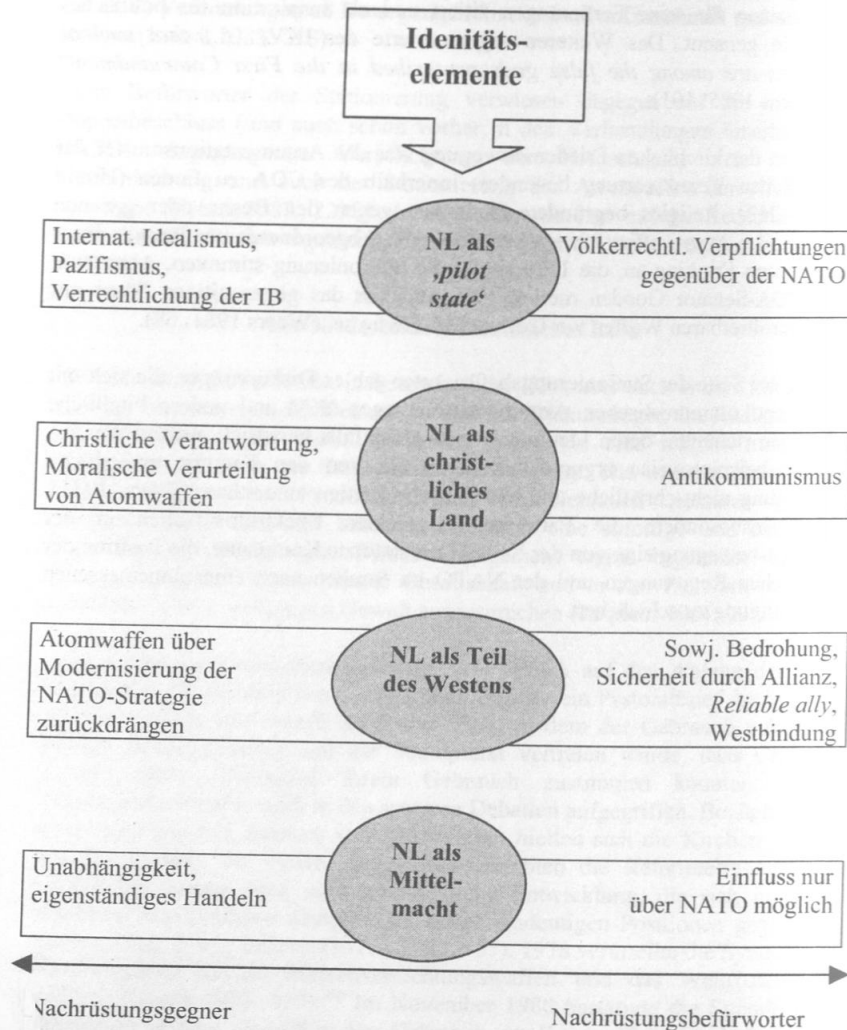
²⁶⁶ "(...) weapons of mass destruction and the arms race are against God's intentions with this world and therefore evil" (zit. n. Everts 1983: 137)

Der IKV, unterstützt von den neun großen protestantischen und der katholischen Kirche, war sehr stark von der christlichen Moralvorstellung geprägt. In seinen Veröffentlichungen wurden häufig Teile der Bergpredigt als Begründung für seine Forderungen zitiert und als Inspiration für politisches Handeln genannt. Des Weiteren argumentierte der IKV, „(...) *that nuclear weapons are among the false gods proscribed in the First Commandment*“ (Clemens 1985: 101).

Neben der kirchlichen Friedensbewegung war das Argumentationsmuster der christlichen Verantwortung besonders innerhalb des CDA zu finden (Honig 1993: 212). Religiös begründete Bedenken gegen den Besitz oder gar den Einsatz der Atomwaffen führten besonders die Abgeordneten um Joop de Boer und Anton Frinking an, die 1979 gegen die Stationierung stimmten. Aber auch der CDA-Senator Gooden merkte 1979 an, dass das gegenseitiges Töten mit unkontrollierbaren Waffen vor Gott nicht zulässig sei (Weers 1981: 68).

Auf der Seite der Stationierungsbefürworter gab es Diskursträger, die sich mit ihrer antikommunistischen Argumentation gegen IKV und andere kirchliche Gruppen richteten, deren Identität jedoch gleichfalls christlich geprägt war. Es wurde beispielsweise argumentiert, dass die von den Kirchen unterstützte Bewegung nicht-christliche und marxistische Parteien unterstütze (Everts 1983, 335). Insbesondere die Parteien des rechten Spektrums sahen in der Friedensbewegung eine von der KPdSU unterstützte Kampagne, die Position der westlichen Regierungen und der NATO im Streben nach einer angemessenen Verteidigung zu schwächen.

Abb. 17: Der niederländische Diskurs zum NATO-Doppelbeschluss (1978-1984)



Diskurshegemonie

Die vielfältigen Anknüpfungsmöglichkeiten, die die im Diskurs aktivierten Identitätselemente für Argumentationen von Nachrüstkungsbefürwortern wie – gegnern bot, und die tiefe Spaltung der „Parteien“ führten dazu, dass sich keine eindeutige Diskurshegemonie herausstellte. Die Elemente der Niederlande als *pilot State* und als christliches Land, auf die in erster Linie die Modernisierungs- und Stationierungsgegner zurückgriffen, hielten sich die Waage mit dem Element der Zugehörigkeit zur transatlantischen Gemeinschaft, das in den Argumentationsmustern der Befürworter dominierte. Dieses Gleichgewicht zwischen den Argumentationsmustern herrschte ab 1979. Die fehlende Diskurshegemonie insbesondere in Parlament und Regierung führte dazu, dass die Regierung dem Problem auswich und die Entscheidung über die Stationierung wiederholt verschob. Erst Mitte der achtziger Jahre verloren die Argumentationsmuster, die von den Stationierungsgegnern angeführt wurden, insbesondere im Parlament an Bedeutung, so dass 1985 die sechs Jahre bestehende Blockade des Stationierungsbeschlusses durch das Parlament aufgehoben wurde und die Entscheidung gefällt werden konnte.

Die Perzeption von starkem innenpolitischem Druck durch die Wähler und Interessensgruppen sowie gegenläufigem externem Druck durch die NATO, insbesondere durch die Bündnispartner USA und Bundesrepublik, hatte großen Einfluss auf den Diskurs innerhalb von Regierung und Parlament. Spürbar war dabei vor allem der innere Druck durch Kirchen, Gewerkschaften, Presse, Interessensgruppen, linken Parteien und andere, die sich gegen Atomwaffen aussprachen. Sie verursachten den schon angesprochenen Wandel in der niederländischen Außenpolitik, der die traditionelle Rolle der Niederlande als verlässlicher NATO-Partner in Frage stellte. Ein entscheidender Faktor, der die wiederholten Blockaden der Regierung durch das Parlament begünstigt hatte, war das stark ausgeprägte Identitätselement der christlichen Verantwortung bei Teilen des CDA, das dazu führte, dass in den wichtigen Parlamentsentscheidungen gegen die eigene Regierung votiert wurde. Bedeutsam war hier aber auch der direkte Einfluss der Friedensbewegung und der Kirchen auf den CDA. Der Erfolg der niederländischen Friedensbewegung wurde nicht nur durch die eigenen guten Organisationsstrukturen bestimmt, sondern besonders durch die ausgeprägte Kooperation mit anderen gesellschaftlichen Gruppen. Durch die Unterstützung durch Gewerkschaften, Kirchen, Parteien und anderen Organisationen verfügte die Friedensbewegung über eine breite gesellschaftliche Legitimität und einen Zugang zum parlamentarischen Geschehen. In der Stationierungsentscheidung von 1985 wurde allerdings deutlich, dass dieser Einfluss auf das Parlament allmählich geringer wurde. Während der öffentliche Widerstand weiter anhielt, etwa mit der vom *komitee kruisraketten* organisierten Unterschriftenaktion gegen die Stationierung, an der sich 3,75 Mi Bürger beteiligten (etwa 30% der Wahlberechtigten), ging der parlamentarische Widerstand zurück. Die Zahl der "Dissidenten" hatte sich bis 1985 stark

verringert, so dass die Regierung mit Hilfe der Stimmen der rechten Parteien die Mehrheit erhielt (Everts 1987: 225).

Die „idealistische“ Diskursformation war offensichtlich stark genug, um wiederholt eine Verschiebung der Entscheidung zu erzwingen. Eine unbefristete Aussetzung der Entscheidung ermöglichten sie jedoch nicht, da hier das Identitätselement der Zugehörigkeit zum Westen und auch der Verpflichtung gegenüber dem Internationalen Recht zu stark waren. Die Tatsache, dass es dann doch zu keiner Stationierung kam, war letztlich die Folge von Entwicklungen im internationalen Umfeld. Durch den Abschluss des INF-Vertrags zwischen den USA und der UdSSR im Dezember 1987 und die von Gorbatschows außen- und sicherheitspolitischer Neuorientierung eingeleitete Ost-West-Entspannung wurde das Argument der Bedrohung durch die Sowjetunion entscheidend geschwächt, so dass die beschlossene Stationierung der *Cruise Missiles* nicht mehr umgesetzt wurde.

Zusammenfassung

Insgesamt lassen sich vier Identitätselemente identifizieren, die im Diskurs um die Raketenstationierung in den Niederlanden von den „Parteien“ des Diskurses aktiviert wurden. Dabei zeigte sich das Element der Niederlande als ‚*pilot state*‘ besonders stark. Es wurde von beiden Seiten aktiviert, und zwar zum einen von den Nachrüstungsgegnern im Sinne eines internationalen Pazifismus und der besonderen Rolle der Niederlande für die Förderung des internationalen Rechts und einer ethisch „guten“ internationalen Ordnung, zum anderen von den Nachrüstungsbefürwortern im Sinne der Notwendigkeit einer Erfüllung völkervertragsrechtlicher Verpflichtungen. Auch das Element der christlichen Verantwortung erwies sich als stark, nicht zuletzt aufgrund der christlichen Tradition des CDA und seiner Verbindungen zu den ohnehin einflussreichen Kirchen und anderen christlichen Gruppen, die trotz der vorausgegangenen „Entsäulung“ der niederländischen Gesellschaft fortwirkte; dabei wurde die antikommunistische Interpretation der Nachrüstungsbefürworter von der pazifistischen Auslegung dieses Identitätselementes an Einfluss weit übertroffen. Mit dem Element der niederländischen Zugehörigkeit zur westlichen Gemeinschaft verfügten die Nachrüstungsbefürworter aber über einen argumentativen Anknüpfungspunkt, der es ermöglichte, die starken Argumentationen der Nachrüstungsgegner zumindest zu neutralisieren, da die Zugehörigkeit der Niederlande zur westlichen Gemeinschaft nur von wenigen radikalen Nachrüstungsgegnern generell in Frage gestellt wurde. Das Element der Niederlande als ‚*middle power*‘ war das wohl am wenigsten bedeutsame Identitätselement im Diskurs, auch wenn die Frage des niederländischen Einflusses von beiden Seiten thematisiert wurde.

Die niederländische Identität: Von der Dekolonisation zur Raketenstationierung

Der Diskurs um die Dekolonisation Indonesiens fiel in eine Zeit intensiver Re- und teilweise auch Neukonstruktion der niederländischen Identität nach dem Trauma der deutschen Besetzung im Zweiten Weltkrieg, während der zweite eine sehr viel gefestigtere Identitätskonstruktion offenbarte. Die Elemente „Niederlande als Teil des Westens“, „Niederlande als pilot state (im Sinne der Förderung von Frieden und Völkerrecht)“ und „Niederlande als mittlere Macht“ waren in beiden Diskursen wirksam, während die Elemente „Niederlande als salesman“, „Niederlande als christliches Land“ und „Einheit der Nation bzw. des Königreiches“ in nur je einem Diskurs argumentativ genutzt wurden. In beiden Diskursen zeigte sich auch die starke Bedeutung der Erwartungen bzw. des Verhaltens der westlichen Partnerländer der Niederlande, was insbesondere beim Dekolonisationsdiskurs zu einem Ergebnis führte, das nicht mit der Diskurshegemonie übereinstimmte. Trotzdem schien sich in den Folgejahrzehnten ein permissiver Konsens einzustellen, denn weder die Frage der Dekolonisation noch die der Zugehörigkeit zum atlantischen Bündnis spielten danach je wieder eine Rolle.

Literatur: Außenpolitische Identität und historische Diskurse der Niederlande

- Baehr, Peter R. (1978), The Foreign Policy of the Netherlands, in: J.H. Leurdijk (Hrsg.), The Foreign Policy of the Netherlands, Aelphen aan den Rijn: Sijthoff & Noordhoff, S. 3-27.
- Baudet, H. und C. Fasseur (1979), Koloniale bedrijvigheid, in: Johannes Hermanus van Stuijvenberg (Hrsg.), De economische geschiedenis van Nederland, Groningen: Wolters-Noordhoff, S. 309-350.
- Boekle, Hennig und Veit Swoboda (2001), Zur außenpolitischen Diskursstruktur in den Niederlanden, PAFE-Paper zum Diskursprofil der Niederlande, Universität Trier, http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/forschung/pafe_pubs.php
- Clemens, Clay (1985), The Antinuclear Movement in the Netherlands: A Diagnosis of Hollanditis, in: James E. Dougherty und Robert L. Pfaltzgraff (Hrsg.), Shattering Europe's Defense Consensus. The Antinuclear Protest Movement and the Future if NATO, Washington.
- Daalder, H. (1978), The Netherlands and the World: 1940-1945, in: J.H. Leurdijk (Hrsg.), The Foreign Policy of the Netherlands, Aalphen aan den Rijn: Sijthoff & Noordhoff, S. 49-87.
- de Vries, J. (1979), De twintigste eeuw, in: Johannes Hermanus van Stuijvenberg (Hrsg.), De economische geschiedenis van Nederland, Groningen: Wolters-Noordhoff, S. 261-307.
- Domke, William K. (1983), Kompromiß, Konsens und Populismus: Die Niederlande. Die Ergebnisse der Elitenbefragung, in: Wolf-Dieter Eberwein und Catherine M. Kelleher (Hrsg.), Sicherheit -- zu welchem Preis? Zur Zukunft der westlichen Allianz, München: Olzog, S. 253-274.
- Drooglever, P.J./ und M.J.B. Schouten (1999), Het Einde in Zicht. Stemmen uit het laatste jaar van Nederlands-Indië, ORT: Instituut voor Nederlandse Geschiedenis.
- verts, Philip P. (1983), Public Opinion, the Churches, and Foreign Policy. Studies of Domestic Factors in the Making of Dutch Foreign Policy, Leiden: Institute for International Studies - University of Leiden.
- verts, Philip P. (1987), Zwischen zwei Feuern: Auswärtige Politik zwischen inländischem Druck und internationaler Beschränkung, in: Jürgen P.

- Nautz und Joachim E.E. Bläsing (Hrsg.), taatliche Intervention und gesellschaftliche Freiheit. Staat und Gesellschaft in den Niederlanden und Deutschland im 20. Jahrhundert, Melsungen: Verlag Kasseler Forschungen zur Zeitgeschichte, S. 211-228.
- Geusau, Frans A.A. Alting von (1985), Pacifism in the Netherlands, in: Walter Laqueur und Robert Hunter (Hrsg.), European Peace Movements and the Future of the Western Alliance, Washington: Transaction Books, S. 191-217.
- Hellema, Duco (1995), Buitenlandse politiek van Nederland, Utrecht: Aula.
- Honig, J.W. (1993), Defense Policy in the North Atlantic. The Case of the Netherlands, Westport Connecticut /London: Praeger.
- Houben, Vincentius J.H. (1996), Van kolonie tot eenheidsstaat: Indonesie in de negentiende en de twintigste eeuw, Leiden.
- Huggett, Frank E. (1971), The Modern Netherlands, London: Pall Mall Press.
- Jaquet, L.G. M. (1982), Minister Stikker en de soevereiniteitsoverdracht aan Indonesië. Nederland op de tweesprong tussen Azië en het Westen, s'-Gravenhage (=Den Haag): Martinus Nijhoff.
- Jonas-Bodenheimer, Susanne (1978), The Denial of Grandeur: The Dutch Context, in: J.H. Leurdijk (Hrsg.), The Foreign Policy of the Netherlands, Alphen aan den Rijn: Sijthogg & Noordhoff, S. 235-284.
- Kersten, Albert E. (1989), Decolonization of Dutch New Guinea: The Luns Plan, in: Philip Everts und Guido Walraven (Hrsg.), The Politics of Persuasion. Implementation of Foreign Policy by the Netherlands, Aldershot: Avebury, S. 219-230.
- Kossmann, E.H. (1976), De Lage Landen 1780/1980. Twee Eeuwen Nederland en België, Del II, 1914-1980, Amsterdam/Brüssel: Elsevier.
- Lademacher, Horst (1983), Geschichte der Niederlande. Politik-Verfassung-Wirtschaft, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Laqueur, Walter (1981), Hollanditis: A New Stage in European Neutralism, in: Commentary 72(2), S. 19-26.
- Lee, Oey-Hong (1981), War and Diplomacy in Indonesia 1945-50, Townsville James Cook University of North Queensland.

- Lepszy, Norbert (1979), *Regierung, Parteien und Gewerkschaften in den Niederlanden: Entwicklung und Strukturen*, Düsseldorf: Droste.
- Lepszy, Norbert (1999), *Das politische System der Niederlande*, in: Wolfgang Ismayr (Hrsg.), *Die politischen Systeme Westeuropas*, Opladen: Leske+Budrich, S. 331-364.
- Leurdijk, Henk (1983), *Die Niederlande: Ein treuer Verbündeter. Sicherheitspolitik -- Wandel und Kontinuität*, in: Wolf-Dieter/Kelleher Eberwein, Catherine M. (Hrsg.), *Sicherheit -- zu welchem Preis? Zur Zukunft der westlichen Allianz*, München: Olzog, S. 227-251.
- Lijphart, Arend (1966), *The Trauma of Decolonization. The Dutch and West New Guinea*, New Haven/London: Yale University Press.
- Meijer, Remco (1995), *Oostindisch doof. Het Nederlandse debat over de dekolonisatie van Indonesië*, Amsterdam: Uitgeverij Bert Bakker.
- Reef, Johannes (1995), *Die Niederlande im internationalen System. Fallstudien zum Einfluß eines Kleinstaates*, Münster u.a.: Lit. Verl.
- Schaper, H.A. (1978), *The Security Policy of the Netherlands, 1945-1948*, in: J.H. Leurdijk (Hrsg.), *The Foreign Policy of the Netherlands, Aalphen aan den Rijn: Sijthoff & Noordhoff*, S. 89-116.
- Siccama, Jan (1985), *The Netherlands Depillarized: Security Policy in a New Domestic Context*, in: Gregory Flynn (Hrsg.), *NATO's Northern Allies. The National Security Policies of Belgium, Denmark, the Netherlands and Norway*, London: Rowman & Allanheld, S. 113-170.
- Soetendorp, Ben (1989), *The NATO 'double track' decision*, in: Philip P. Everts und Guido Walraven (Hrsg.), *The Politics of Persuasion. Implementation of Foreign Policy by the Netherlands*, Aldershot: Avebury, S. 149-160.
- van den Doel, H.W. (2001), *Afscheid van Indië. De val van het Nederlandse imperium in Azië*, Amsterdam: Prometheus.
- van Staden, Alfred (1985), *To deploy or not to deploy: the case of the cruise missiles*, in: Ph. P. Everts (Hrsg.), *Controversies at Home: Domestic Factors in the Foreign Policy of the Netherlands*, Dordrecht - Boston - Lancaster: Martinus Nijhoff, S. 133-156.
- van Staden, Alfred et al. (1978), *Role Conceptions in the Post-War Foreign Policy of the Netherlands*, in: J.H. Leurdijk (Hrsg.), *The Foreign Policy*

- of the Netherlands, Aalphen aan den Rijn: Sijthoff & Noordhoff, S. 119-135.
- Vandenbosch, Army (1959), *Dutch Foreign Policy since 1815. A study in Small Power Politics*, Den Haag: Martinus Nijhoff.
- Voorhoeve, Joris J.C. (1979), *Peace, Profits and Principles: A Study of Dutch Foreign Policy*, Dordrecht: Nijhoff.
- Weers, Mozes W.A. (1981), *The Nuclear Debate in the Netherlands*, in: *Strategic Review* 19(2), S. 67-77.